

Erklärung der Evangelischen Kirche A.u.H.B. zum Gedenkjahr 2005

anlässlich einer Stunde des Gedenkens am 27. April 2005 zu
60 Jahre Errichtung der Zweiten Republik

Gremium	Synodalausschüsse A.B. und H.B. in gemeinsamer Sitzung
Funktionsperiode	XII. Generalsynode
Session	---
Beschlussdatum	8. März 2005, Wien
ABl. Nr.	

Die Evangelische Kirche Österreichs nimmt teil an dem gemeinsamen Erinnern und Gedenken unseres Landes an die Befreiung von der Zwangsherrschaft der Hitler-Diktatur im Jahr 1945, an die mit dem Staatsvertrag 1955 erreichte volle Selbstständigkeit und an den zehnten Jahrestag des Beitritts zur Europäischen Union.

Wir denken dabei zuerst an die unzähligen Opfer von Diktatur und Krieg. Es belasten uns die schmerzlichen Erfahrungen von Schuld und Scheitern unserer Kirchen und einer großen Zahl ihrer Mitglieder in der Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere in Bezug auf jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Sinti und Roma und andere verfolgte Gruppen, wo mutiger bekannt, treuer gebetet, fröhlicher geglaubt, brennender geliebt und entschieder widerstanden hätte werden müssen. Die Erinnerung an dieses Versagen darf nicht verdrängt werden und ruft uns weiterhin zu ständiger Selbstprüfung auf.

Als evangelische Gemeinden, Christinnen und Christen haben wir bis ins zwanzigste Jahrhundert leidvoll erfahren, welche Folgen Intoleranz und Beschränkungen der politischen und konfessionellen Freiheit haben. Diese Schatten der Vergangenheit sind heute überwunden. So ist es möglich geworden, dass die christlichen Kirchen aus einem neu geschenkten ökumenischen Bewusstsein gemeinsam das Ökumenische Sozialwort und Beiträge zur neuen österreichischen Bundesverfassung erarbeitet haben. Als freie Kirche leben wir in einem freien demokratischen Rechtsstaat innerhalb der Europäischen Union, in der Menschenwürde und Menschenrechte unverzichtbare Werte und Grundlagen sind.

Das dreifache Gedenken dieses Jahres ist Anlass zur Freude und Dankbarkeit über das Erreichte: Nach entsetzlichen Kriegen, Unterdrückung, Verfolgung, Hunger und Not, Flucht und Vertreibung können wir und unsere Kinder im größer werdenden Haus Europa in einem Raum der Freiheit und des Rechtes gut leben. Dafür danken wir Gott.

Wir nützen den Anlass des Gedenkens, um alle Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Christinnen und Christen aufzufordern, ihre politische Verantwortung aktiv wahrzunehmen. Demokratie muss immer wieder mit Leben erfüllt werden. An ihrer Gestaltung Anteil zu nehmen, verlangt unser christlicher Glaube. Im Gewissen vor Gott gebunden, ist jedem Einzelnen die Verantwortung für das politische und gesellschaftliche Geschehen aufgetragen. Dies kann nach evangelischer Überzeugung bis hin zum Widerstand gegen die Staatsgewalt reichen.

Kirche kann und darf nicht an die Stelle des Staates treten. Dort aber, wo in wichtigen Fragen Orientierung an ethischen Grundwerten erforderlich ist, haben die Kirchen das Recht und die Pflicht, Stellung zu nehmen. So sehen wir es heute als unsere Verpflichtung, für die Rechte derer einzutreten, die verfolgt werden. Denen, die aus Sehnsucht nach einem besseren Leben an unsere Türen klopfen, sind wir Achtung und Respekt vor der unverlierbaren Menschenwürde schuldig. Ihnen allen müssen faire Gelegenheiten gegeben werden, ihre Anliegen vorzubringen und für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Der Sozialstaat ist eine der tragenden Säulen der Zweiten Republik und als solche unaufgebbar. Um seine Ziele, Bildung und soziale Sicherheit, zu erhalten, sind Reformen unumgänglich. Wir warnen dabei vor Ausgrenzung und fordern, jenen gerecht zu werden, die am Rande der Gesellschaft stehen.

Wir erinnern daran, dass die Anlässe des Gedenkens, die Befreiung von Tyrannei, der Wiederaufbau, der Staatsvertrag und der Beitritt zur Europäischen Union, mit großen Erwartungen der Menschen und Herausforderungen der Politik verbunden waren. Vor den großen Aufgaben der Zukunft mahnt uns das heute zu mehr Gemeinsamkeit. Es erfüllt uns mit Sorge, dass die Chance einer neuen Verfassung für unser Land zu scheitern droht. Wir sind bestürzt darüber, dass in politischen Auseinandersetzungen die Achtung vor Andersdenkenden gering geschätzt und deren Würde verletzt wird.

In gleicher Weise appellieren wir an die Medien und rufen ihnen ihre Verantwortung für Informationen, die sie weitergeben, in Erinnerung. Die Prüfung von Inhalten muss Vorrang vor Schlagzeilen haben.

Im Gedenkjahr 2005 ist für Österreich das größer gewordene und noch weiter wachsende Haus Europa eine zentrale Herausforderung. Das setzt die Bereitschaft zum Dialog und zur Begegnung mit Menschen anderer Sprachen, Kulturen und Religionen, auch innerhalb der eigenen Grenzen, voraus. Alle in unserem Europa sind etwas Besonderes: mit ihrer Sprache, ihrer Geschichte und Kultur, ihrem Glauben. Die Europäische Union macht unsere lange gemeinsame Geschichte lebendig. Sie weist uns auf die besondere Verantwortung hin, die wir als Christinnen und Christen und als Kirchen in Österreich haben. Wir haben uns verpflichtet, deutlich für die Anliegen von Demokratie und Menschenrechten auf österreichischer, europäischer und globaler Ebene einzutreten, dies in dankbarer Gemeinschaft mit anderen Kirchen und Religionen sowie allen Menschen guten Willens.